

# Der aktuelle Skandal

## Was ist eigentlich neu an der Neuigkeit?

■ Zur letzten großen Wahl – zum Deutschen Bundestag – hat die damals noch wenig bekannte Gruppe »ZeitDiSein« ein Plakat entworfen und interessierten Kreisen für eine kostenlose Veröffentlichung zur Verfügung gestellt, sofern diese vor dem Wahltag erfolgt (ist). Trotz dieser großzügigen Geste wurde davon kein Gebrauch gemacht. Lediglich die Drucke, welche »ZeitDiSein« selbst hat herstellen lassen, waren in einem kleineren Gebiet der Republik an einigen Stellen für die Öffentlichkeit zu sehen. Eine großflächigere Plakatierung oder gar Hauswurfsendungen waren wegen des damit verbundenen hohen finanziellen Aufwandes nicht möglich. Weder waren Wahlkampfkostenersatzungen, beispielsweise je Nichtwählerstimme, noch Spenden oder sonst nicht anders verwendbare sogenannte Schwarzgelder vorhanden, wobei »ZeitDiSein« nachdrücklich betont, es darauf auch niemals abgesehen zu haben, wie leicht aus dem zeitlich befristeten Verzicht auf die üblichen Verwertungsrechte ersichtlich sei.

Wie spätere Untersuchungen ergeben haben, wurde dieses kostenlose Angebot, in manchen Kreisen irrtümlich auch als freeware bezeichnet, obwohl es keine Ware ist sondern ein einfaches Gut, aus nachfolgend aufgeführten Gründen nicht angenommen. Zu spät kommt die Einsicht, daß mancher Skandal sich hätte vermeiden lassen.

■ ■ Eigener Bericht [A]

■ Die ideologischen Vorbehalte

■ Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist keine Bananenrepublik. Auf ihrem Staatsgebiet gibt es nirgends geeignete Anbauflächen für diese eher tropische Pflanze, weshalb die BRD große Mengen von Bananen importieren muß. Daß in der vormaligen DDR die Vorstellung von der BRD vor allem mit Bananen assoziiert war, kann schon deshalb nicht zählen, weil auch seit deren Eingliederung in die BRD dort nach wie vor keine Bananen angebaut werden. Etwaige Irrtümer über die Bananenlage der BRD sind inzwischen (1998) weitgehend aufgeklärt. Selbst wenn man den Irrtum der Bewohner der vormaligen DDR als wie er war berücksichtigt, ergibt das Verhältnis des Anteils der vormaligen DDR an der jetzigen BRD sowohl bezogen auf das Staatsgebiet wie auf die Größe der Bevölkerung mit ihrem jeweils deutlich kleineren Anteil ein eindeutiges Ergebnis. Nimmt man hinzu, daß der Anteil am politischen und kulturellen Einfluß der vormaligen DDR-Bewohner auf die jetzige BRD noch unter dem geografischen und demoskopischen liegt, grenzt das Bananenmotiv ans Absurde.

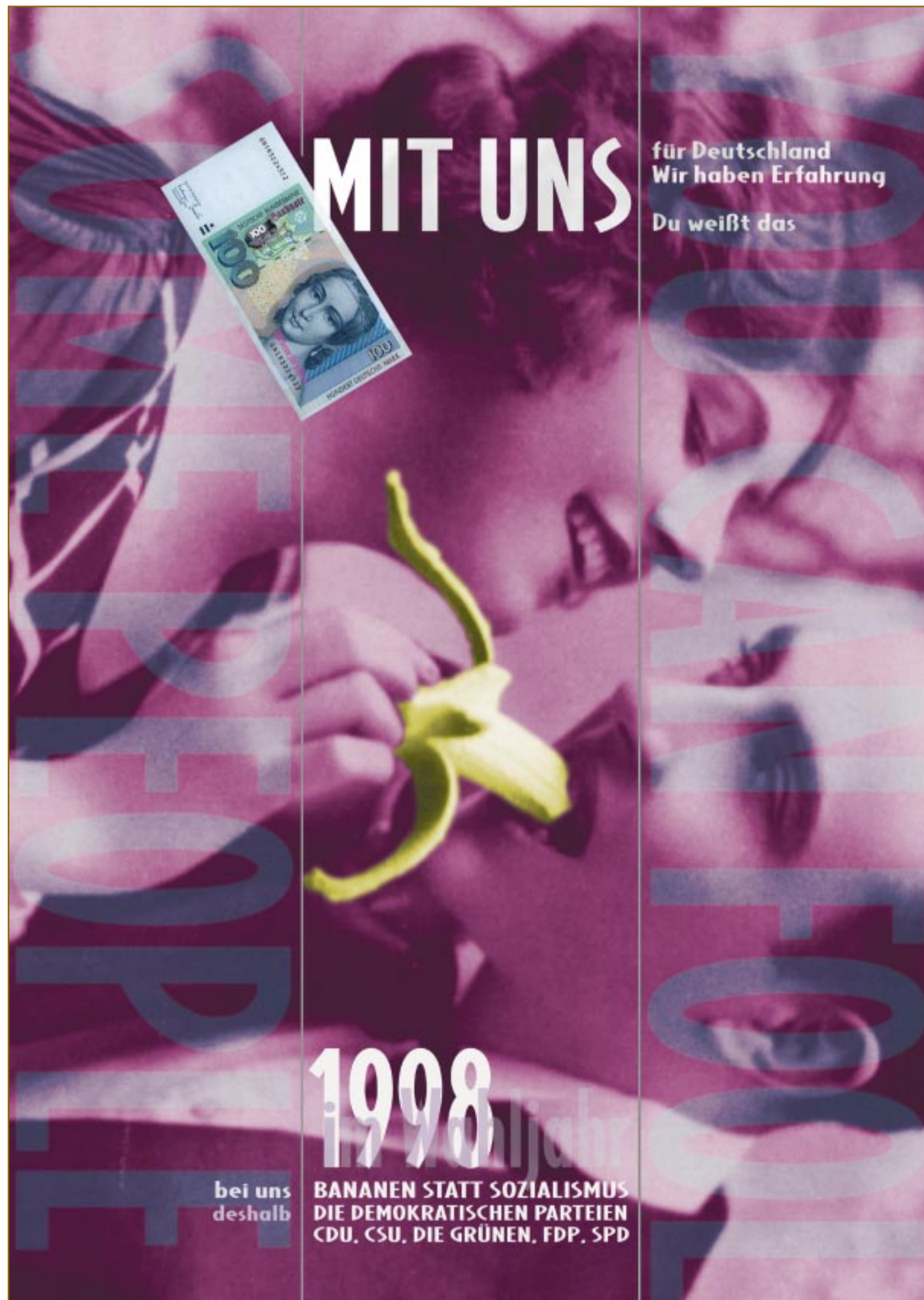
■ »You can fool some people« (sometimes, but you can't fool all the people all the times) ist kein Deutsch. Wie die Übertragung zeigt (»Manche Leute kann man über's Ohr hauen (bei passender Gelegenheit – mit Bananen etwa?, aber nicht alle und immer), entstammt diese Aussage einem Milieu, welches in der BRD so nicht existiert. So etwas interessiert in der BRD kaum jemanden. Selbst wenn Leute nicht nur über's Ohr, sondern sogar wenn sie voll auf's Ohr gehauen werden, erregt dies nur Aufmerksamkeit, wenn wenigstens einer der Beteiligten genügend prominent ist – ähnlich wie damals Kanzler Kiesinger mit B. Klarsfeld oder jetzt der Prinz von Hannover in Afrika – oder von Staats wegen, wenn ein Beteiligter als Täter einer unliebsamen Gruppe zugeordnet werden kann – beispielsweise den Kurden (PKK) oder anderen Chaoten, wobei letzteres zudem oft von einer reibungslosen Kommunikation staatlicher Stellen mit Fernsehen, Rundfunk und Presse abhängt, also nicht in jedem Fall vollständig verwertbar ist.

■ In der BRD werden solche Angelegenheiten gesetzlich geregelt. Entweder können alle Leute über's Ohr gehauen werden oder niemand, entweder sie werden immer über's Ohr gehauen oder nie. Denn vor dem Gesetz sind in der BRD nämlich alle Menschen gleich.

■ Die Abbildung eines 100-Mark-Scheins erweckt den Eindruck, mit Kleingeld sei in der BRD etwas auszurichten. Die Auszahlung von 100,00 DM an jeder Poststelle der früheren BRD für Besucher aus der vormaligen DDR beispielsweise beweist klar das Gegenteil. Niemand, einige Hartgesottene aus der vormaligen DDR ausgenommen, die wie BRD-Bürger – welche eben nicht auf's Postamt gehen und zu Besuchszwecken 100 Mark abholen können – behandelt werden wollten, hat an dieser Prämie Anstoß genommen, obwohl sie von allen BRD-Bürgern gemeinsam bezahlt wurde. Daß sich auch niemand an der Militärhilfe für die Türkei stört, soweit man hört, die ja ebenfalls aus Steuermitteln erbracht wird, ist kein zwingender Einwand, sondern eher eine Verwechslung von Erbsen und Erdnüssen. Die Ergebnisse der folgenden Wahlen in den neuen Bundesländern (auf dem Gebiet der vormaligen DDR) bestätigen dies. Die Parteien nämlich, welche das freundliche Willkommen mit den 100 Besuchsmark veranstaltet haben, konnten nicht alle der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen. Wie weitere Wahlanalysen belegen, ist die Loyalität anderer Volksdeutscher wie aus Rumänien, aus Polen, aus Rußland usw. zu den Geberparteien – obwohl sie an dieser Willkommensaktion nicht haben teilnehmen können – oft stärker als die vieler 100-Mark-Besucher aus der DDR.

■ Die Verwendung eines 100-Mark-Scheines als Motiv für ein Wahlplakat ist irreführend und so wenig dienlich wie ein Wahlplakat als Motiv für einen 100-DM-Schein.

■ Bananen sind keine Alternative zum Sozialismus, oder die Freie Marktwirtschaft ist eine Banane (Instaude). Der Gegensatz zu Bananen sind eindeutig Äpfel und Birnen, die hat es in der



vormaligen DDR zu entsprechender Jahreszeit reichlich gegeben. Bananen dagegen wachsen ganzjährig. Mit einfachen Falschheiten wie dem Spot »Bananen statt Sozialismus« wird man den demokratischen Verhältnissen in der BRD nicht gerecht. Zudem sind Bananen in der BRD von erheblich geringerer Bedeutung, als es der grellfarbigen Abbildung nach den Anschein hat.

■ Die Aufzählung der demokratischen Parteien, CDU, CSU, Die Grünen, FDP, SPD, ist unvollständig und erweckt den Eindruck, in der BRD gäbe es nur diese. Auch andere Parteien wie die Bibelfesten, die Grauen Panther oder die Bayerpartei beispielsweise sind demokratisch, obwohl sie nicht im Bundestag vertreten sind noch den Willkommensgruß (mit)beschlossen haben. Sie haben aber auch zu keiner Zeit, s.o., sich gegen die 100-DM-Zahlung ausgesprochen, was um so mehr zählt, als die Grauen Panther die Interessen der älteren Bevölkerung vertreten, die angeblich durch eine wie auch immer weiter entleerte Staatskasse gefährdet werden, und die Bibelfesten haben zugeben müssen, daß weder im Neuen noch im Alten Testament eine Stelle zu finden ist, wo ein Willkommen mit einem Filialbesuch bei einer Poststelle und einer Geldzahlung eingeleitet wird.

■ Die Aufzählung der demokratischen Parteien CDU, CSU, Die Grünen, FDP und SPD in einem Zug, ohne zwischen jedem Parteinamen – ausgenommen die beiden ersten – »oder« zu schreiben, erweckt den Eindruck, die genannten Parteien gehörten zusammen, als könne man die eine so gut wählen wie die andere, zumal bei einigen Wahlen die Kandidaten in Form einer ähnlichen Sammelnennung aufgeführt sind. Es ist aber ganz und gar unmöglich, die demokratischen Parteien zu wählen. Da muß man sich schon entscheiden, was man will, da muß man wissen, was die wollen, die man wählt. Zwar wird das auf den üblichen Plakaten zu politischen Wahlen ebenfalls wenig deutlich, aber man kann sie meist auseinanderhalten als von dieser oder jener Partei. Sie verführen daher nicht zu einer ungültigen Wahl.

■ Ästhetische Einwände

■ Die Grundfarbe ist ein bläuliches Rot. Keine der genannten Parteien benutzt diese Farbe in ihrem Corporate Design. Selbst die SPD, die reminiszierenderweise als rot oder rosa bezeichnet wird, hat das alte, vom Blut verletzter Klassenkämpfer abgeleitete Rot schon lange durch ein freundliches, an Sonne, Strand und mehr assozi-

iertes Rotorange ersetzt. Die verwendeten Blautöne sind fahl, was einem Spruch aus der Karibik schlecht ansteht, ihm sozusagen denunziert; denn er erinnert damit in nichts an die Gegend seiner Herkunft, deren »traumhafte Romantik«, wie sie in jedem Reiseprospekt zu sehen ist, Jahr für Jahr an jedem Tag mehr Leute anzieht als sogar der Papst mit seinem urbi et orbi. Zwar ist es möglich, daß bei dunkel pigmentierter Haut und besonderer Beleuchtung ein bläuliches Schimmern auftritt, bei den meist hellhäutigen Deutschen, die ja in Deutschland wahlberechtigt sind, ist ein solcher Farbton dagegen ein Zeichen des Ungesunden, man denke bloß an frisch geschlachtete hellhäutige Schweine.

Die Banane ist unnatürlich gelb und der Kontrast zwischen dem Fruchtfleisch und der teils abgepelten Schale ist praktisch verschwunden, wie bei einer Plastikbanane, in die wohl kein ernsthafter Mensch hineinbeißen würde, selbst wenn sie ihm höchst bezaubernd zwischen die Zähne geschoben würde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es sich bei der Farbwahl um eine Falschfarbendarstellung und Kombination handelt, die dem Wesen der behandelten Veranstaltung, der an ihr beteiligten Organisationen, der hinter

ihnen stehenden und handelnden Personen nicht entspricht. Das einzige, in seinen wirklichen Farben einigermaßen treffsicher wiedergegebene Element ist der 100-Mark-Schein.

Soll das etwa heißen, in Deutschland ist sonst nichts mehr echt?

■ Die abgebildeten Personen sind schon auf den ersten Blick erkennbar US-Amerikaner. Auch wenn Staatsbürger der USA wie überall auf der Welt und gerade in der BRD eine ihrer Staatszugehörigkeit entsprechende Sonderstellung besitzen, sind sie in der BRD ohne weiteres weder aktiv noch passiv wahlberechtigt. Es ist aber üblich, das Konterfei der oder eines zugkräftigen Kandidaten auf einem Wahlplakat abzubilden, wie eine Abbildung des eigentlichen Souveräns unüblich ist – Bilder aus dem Volk also, weshalb mit einer Täuschung des Wahlvolkes gerechnet werden muß, ganz so, als würden 100-Mark-Scheine aufgelegt, auf denen statt der Zahl Hundert die Zahl Zehn aufgedruckt wäre und umgekehrt. Wie oft würde es wohl passieren, daß bei einem Rechnungsbetrag von 10 Mark auf einer dieser irreführenden Zehn-Mark-Scheine 900 Mark zurückgegeben würden? Welch heftigen Streit würde das nach sich ziehen? Wenngleich der Schaden durch diesen Irrtum in der Konvention der Wahlwerbung nicht so hoch wäre im Einzelfall, würde doch das System der politischen Wahlen erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßen. Die damit unvermeidlichen Aufklärungskampagnen würden möglicherweise dann noch mehr Geld verschlingen als die Wahlwerbung selbst, und ohne daß sich sonst viel änderte.

Ein Plakat, wie jede andere Maßnahme, das durch einen derart fahrlässigen Umgang mit dem Volk, zu nichts führen würde als einem Verlust an Glaubwürdigkeit und vermeidbaren hohen Kosten, ist selbst geschenkt zu teuer.

■ Die Schrift, die Schriftzeichen stammen aus den Zwanziger Jahren, der Zeit der Weimarer Republik. Schon damals gab es zweifelsohne demokratische Parteien, obwohl die noch heute so genannte SPD trotz mancher Anstrengung ihre jetzige demokratische Spätform nur unvollständig ausgebildet hatte. Es muß jedoch unbedingt angemerkt werden, daß in der BRD die Kommunistische Partei Deutschlands seit 1956, elf Jahre nach ihrem Wiederaufleben, endgültig verboten ist. Dies ist trotz der auf dem Plakat verwendeten Schrift nicht erwähnt.

Die Kombination von nicht wählbaren und nicht wahlberechtigten Personen, die, obgleich von ungesunder Hautfarbe, fröhlich mit einer Banane spielen, auch noch Mann und Frau, mit einer Schrift aus einer Zeit, als es noch Kommunisten gab, hat etwas Surreales. Die eingesetzten Stilmittel aber zählen zum Repertoire des Realismus. Dies kann und muß den unbedarften Betrachter, dem es ja nicht von einem geschulten Kommentator gezeigt oder erläutert wird, letztendlich verwirren, und – wenn überhaupt – nur auf falsche Gedanken bringen. Das ist gewiß bei allen Plakaten so, stellt man sich auf den Standpunkt einer Partei, für die eben richtig ist, selbst gewählt zu werden. In der Summe gibt es daher immer die Zahl der Parteien weniger eins mal so viele falsche wie richtige Gedanken, so daß eine Verringerung der Zahl der Parteien der Bildung richtiger Gedanken förderlich erscheint. Aber falsche wie richtige Gedanken dieser Art gehören nun einmal zur Demokratie, wie wir sie kennen. Unbedingt auszuschließen sind dagegen solche, die keine der demokratischen Parteien gutheißen kann.

Ein Wahlplakat, bei dessen Betrachtung niemand auf einen der richtigen Gedanken kommt, ist schlichtweg überflüssig.

■ Gibt es Folgerungen?

Tatsächlich ist etwas passiert. Eine eigentlich nebensächliche Angelegenheit, der Verdacht auf Steuerhinterziehung im Falle eines Waffenhändlers, schafft eine, wird zur Sensation. Insofern war der Einwand gegen den einfachen Schlag aufs Ohr (s.o.) ganz richtig.

Jetzt ist eine üblicherweise vertrauliche Praxis teilweise öffentlich geworden, unvollständig, diffus, mit viel Lärm auf allen Seiten. Auf der einen eine Partei (pars, lat. Teil - seines Ganzen), deren lange dauernde Parlamentsmehrheit mit dem üblichen Erfolg von Filz (Ämterhäufung, Bildung informeller, von einander